

Liebe Leserinnen und Leser,

heute schaffte die Finanztransaktionssteuer den Durchbruch: Die EU-Finanzminister gaben grünes Licht für Verhandlungen im Rahmen einer "Verstärkten Zusammenarbeit". Elf Staaten hatten beantragt, mittels dieses Verfahrens eine Finanztransaktionssteuer einführen zu können. Dies sind Deutschland, Frankreich, Österreich, Belgien, Spanien, Estland, Griechenland, Italien, Portugal, die Slowakei und Slowenien. Litauen und die Niederlande gelten als weitere Beitrittskandidaten. Staaten wie Großbritannien können das Projekt nun nicht mehr weiter blockieren. Für die Kampagne ist der heutige Beschluss ein großer Erfolg!

Gemäß Antrag wird die Verhandlungsgrundlage der gescheiterte Kommissionsentwurf zur EU-weiten Finanztransaktionssteuer sein, vorbehaltlich kleinerer Anpassungen. Die EU-Kommission wird nun bald einen entsprechenden Entwurf vorlegen. Welche Änderungen und Verwässerungsversuche die Regierungen der Mitgliedstaaten verlangen werden, bleibt abzuwarten.

Derweil planen Italien und Portugal noch dieses Jahr eigene nationale Finanztransaktionssteuern einzuführen - ähnlich wie dies Frankreich im vergangenen Jahr gemacht hatte. Diese Steuern dürften aber ähnlich wie in Frankreich nur auf sehr wenige Finanztransaktionen erhoben werden - also nichts, womit sich die Kampagne zufrieden geben könnte.

Inhalt:

- Entwicklungen im Inland
- Entwicklungen im Ausland
- Neue Studien und Stellungnahmen
- Kampagnenaktivitäten

Entwicklungen im Inland:

29. Dezember: [Entwicklungsminister Dirk Niebel](#) plädiert dafür, die Einnahmen aus der geplanten Finanztransaktionssteuer für Entwicklungszusammenarbeit zu nutzen.

14. Dezember: [Bundeskanzlerin Merkel](#) will zehn bis zwanzig Milliarden Euro für einen Fonds zur Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit in Euro-Staaten aufreiben. Das Geld könne aus einer Finanztransaktionssteuer, EU-Strukturfonds oder nationalen Zuweisungen stammen.

4. Dezember: Der [hessische Finanzminister Thomas Schäfer \(CDU\)](#) opponiert gegen die geplante Finanztransaktionssteuer.

1. Dezember: Der bayerische Ministerpräsident [Horst Seehofer](#) will Teile der Einnahmen aus einer Finanztransaktionssteuer für Wachstumsimpulse in den Euro-Krisenländern nutzen.

Entwicklungen im Ausland:

25. Dezember: In [Frankreich](#) gehen die Umsätze mit französischen Aktien zurück, dafür steigen die Umsätze mit Aktienderivaten. Dies ist nicht besonders dramatisch. Würde die französische Finanztransaktionssteuer auch auf Derivatgeschäfte gelten, sähe es jedoch anders aus.

21. Dezember: Der [italienische Senat](#) stellt die Weichen für eine Finanztransaktionssteuer nach

französischem Vorbild.

20. Dezember: Robin Hood will nächster [Finanzminister der USA](#) werden.

18. Dezember: [Bernard Cazeneuve, französischer Europaminister](#), will die Einnahmen aus der Finanztransaktionssteuer für die EU oder für Entwicklungshilfe verwenden. [Michael Link \(FDP\), Staatsminister im Auswärtigen Amt](#), widerspricht ihm: das Geld solle den nationalen Haushalten zugute kommen.

14. Dezember: [Litauen](#) plant nach Angaben seines neuen Premierministers Algirdas Butkevicius sich der Verstärkten Zusammenarbeit als zwölfter Staat anzuschließen.

12. Dezember: Das [Europäische Parlament](#) spricht sich mit 533 zu 91 Stimmen bei 32 Enthaltungen für die Aufnahme der Verhandlungen um eine teil-europäische Finanztransaktionssteuer im Rahmen einer Verstärkten Zusammenarbeit aus.

4. Dezember: Der [Ausschuss für Wirtschaft und Währung](#) des Europäischen Parlaments empfiehlt mit 32 zu sechs Stimmen und einer Enthaltung, die Einführung einer teil-europäischen Finanztransaktionssteuer zu billigen.

4. Dezember: [Eliot Spitzer](#), früherer Gouverneur von New York, wirbt für eine Finanztransaktionssteuer.

3. Dezember: Der US-Kongressabgeordnete [Tom Price](#) will per Antrag verhindern, dass an US-Börsen durch die französische Finanztransaktionssteuer Aktiengeschäfte mit französischen Unternehmen besteuert werden.

3. Dezember: Die [Briten](#) scheitern mit einem weiteren Versuch, die teil-europäische Finanztransaktionssteuer auszubremsen.

3. Dezember: Nach Schätzungen des Wall Street Journal werden die großen US-Finanzinstitute 2012 trotz sinkender Einnahmen die Rekordsumme von 207 Milliarden US-Dollar an das [Spitzenpersonal](#) zahlen.

1. Dezember: US-Verbraucheranwalt [Ralph Nader](#) wirbt für eine Finanztransaktionssteuer.

Neue Studien und Stellungnahmen

No Exemptions: The Financial Transaction Tax and Pension Funds

Die im Auftrag des "Network for Sustainable Financial Markets" erstellte Kurzstudie widmet sich der Frage, ob Pensionsfonds von der Finanztransaktionssteuer ausgenommen werden sollten. Diese Forderung wurde insbesondere in den Niederlanden erhoben, wo sie im Koalitionsvertrag der neuen Regierung zur Bedingung für einen Beitritt zur "Verstärkten Zusammenarbeit" gemacht wurde. Die Studie lehnt die Ausnahme von Pensionsfonds jedoch ab: Die Steuer setzt Anreize für langfristige Investitionen, was die Finanzmärkte stabilisiert und den Pensionsfonds zugute kommt. Bei Pensionsfonds mit einer niedrigen Umschlaghäufigkeit ist die direkte Steuerbelastung darüber hinaus vernachlässigbar gering - besonders im Vergleich mit den von den Fonds erhobenen Gebühren oder mit den Verlusten, welche Anleger während eines Finanzcrashes hinnehmen müssen. Eine Ausnahme von Pensionsfonds könnte zudem ein Schlupfloch schaffen, worüber sich Investoren der Besteuerung

entziehen könnten.

Zur Studie:

http://www.stampoutpoverty.org/wf_library_post/no-exemptions-the-financial-transaction-tax-and-pension-funds/

Ebenfalls zum Thema:

Why a Financial Transaction Tax is Good for Your Pension

Avinash Persaud, Senior Fellow at London Business School and chairman of Intelligence Capital

<http://robinhoodtax.org.uk/latest/why-financial-transaction-tax-good-your-pension>

DGB-Marshallplan

Der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) will mit einem neuen Marshall-Plan die darniederliegende Konjunktur in der EU und speziell den Euro-Krisenstaaten wiederbeleben. Über einen Zeitraum von zehn Jahren soll ein großes europäisches Investitions- und Aufbauprogramm von durchschnittlich 260 Milliarden Euro jährlich aufgelegt werden, davon allein 150 Milliarden Euro jährlich in die Energiewende.

Der dafür eingerichtete Fonds würde eine Anfangsausstattung von 200 bis 250 Milliarden Euro aus der Besteuerung von Vermögen und Reichtum erhalten, damit er als solventer Schuldner eigene Anleihen zu niedrigen Zinsen auflegen kann. Deren Zinskosten sollen aus einer EU-weiten Finanztransaktionssteuer mit jährlichen Einnahmen von 75-100 Milliarden Euro beglichen werden.

Zum DGB-Marshallplan:

<http://www.dgb.de/presse/++co++985b632e-407e-11e2-b652-00188b4dc422>

Kampagnenaktivitäten

22. Januar: Finanztransaktionssteuer beschlossen: Großer Erfolg der Zivilgesellschaft

Die EU-Finanzminister haben dem Verfahren der "Verstärkten Zusammenarbeit" zur Einführung einer Finanztransaktionssteuer grünes Licht gegeben. Nun können die dazu bereiten Staaten in die Verhandlungen über die genaue Ausgestaltung der Steuer gehen. Das ist der entscheidende Durchbruch und ein großer Erfolg für die Zivilgesellschaft.

Zur vollständigen Pressemitteilung [hier](#).

Herzlichst, Ihre Newsletter-Redaktion

www.steuergegenarmut.org und auf [Facebook](#).

Der Newsletter der Kampagne "Steuer gegen Armut" wird monatlich und bei besonderen Anlässen verschickt. Die Redaktion liegt bei Attac.